Dokument : Sozialstaat statt Konzern-Gesellschaft. Alternativen der Wirtschaftspolitik

Autor(en): **Troost, Axel**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **99 (2005)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **04.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-144529

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Sozialstaat statt Konzern-Gesellschaft. Alternativen der Wirtschaftspolitik

In Deutschland gibt es die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, die sich seit 30 Jahren gegen einseitig kapitalorientierte Positionen von Politik und Wirtschaftswissenschaft. Die Gruppe besteht aus Fachleuten der Wirtschaftswissenschaft sowie aus Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern. Sie veröffentlicht jedes Jahr vor dem 1. Mai ein Memorandum, weshalb sie unter den Namen «Memorandum-Gruppe» bekannt geworden ist. Zum Kreis der Gründer gehörte auch Siegfried Katterle, Prof. für Volkswirtschaft, ehemals Vorstandsmitglied des BRSD. *Bis heute stützen sich die ReSos auf die Arbeiten dieser «Memorandum-Gruppe». Der folgende Text gibt die Presseerklärung wieder, mit der das Memorandum 2005 (Kurzfassung: www.memo.uni-bremen.de) am 29.4. 2005 in Berlin vorgestellt wurde.*

Red.

1. Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik begrüßt die aktuelle kapitalismuskritische Diskussion in der Bundesrepublik. Sie weist zugleich auf die politische Verantwortung für die zunehmende Unterwerfung Deutschlands unter die Interessen der Finanzinvestoren und multinationalen Konzerne hin. Die Bundesregierung hat die jetzt von ihr kritisierten Missstände in erheblichem Maße mit zu verantworten

– weil sie durch ihre *Arbeitsmarktpolitik,* insbesondere durch Hartz IV, den Druck auf die Beschäftigten dramatisch erhöht hat und den Unternehmen damit den Boden für ihre Erpressungspolitik bereitet hat

– weil sie durch das jüngste *Finanzmarktförderungsgesetz* die Tätigkeit der Finanzinvestoren erheblich erleichtert und die bislang in Deutschland verbotenen spekulativen Hedgefonds überhaupt erst zugelassen hat, über deren heuschreckenartige Aktivität sie sich jetzt beklagt

– weil sie durch die Politik des *Sozialabbaus und der steuerlichen Umverteilung* von unten nach oben die gesamtwirtschaftliche Schieflage verstärkt hat, in der sozial- und umweltverträgliches Wachstum nicht möglich ist, und

– weil sie durch ihre einseitige *Wirtschaftsförderungspolitik* zugunsten der international operierenden Konzerne die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu deren Gunsten beeinflusst und damit die Entwicklung zur Konzern-Gesellschaft und zu Lasten der Demokratie befördert hat.

2. Das gesamtwirtschaftliche Wachstumsproblem, das der Bundesrepublik anhaltende und weiter steigende Rekordarbeitslosigkeit beschert, *ist im Kern ein Verteilungsproblem,* d.h. auf eine falsche Einkommens- und Vermögensverteilung zurückzuführen. Die Binnennachfrage, deren Stagnation auch durch die Position des Exportweltmeisters nicht wettgemacht werden kann, hängt vor allem von der privaten und öffentlichen Verbrauchsnachfrage ab, die ihrerseits die Absatzaussichten für die Unternehmen und damit auch deren Investitionen bestimmen.

Der *private Verbrauch* wird vor allem durch den Druck auf die Löhne geschwächt, den die Unternehmer auch deshalb so erfolgreich praktizieren können, weil die Regierung sie massiv un-

terstützt. Die Kritik der PolitikerInnen an Niedrigstlöhnen und Lohndumping in Deutschland ist scheinheilig, weil sie das Entscheidende verschweigt: Mit *Hartz IV und Ein-Euro-Jobs* betreibt die Regierung sehr viel wirksamere Formen von *Lohnsenkung und –dumping,* als *osteuropäische Schlachthausarbeiter* dies können.

Der *staatliche Verbrauch* leidet unter der ökonomisch kontraproduktiven und sozial verheerenden Finanzpolitik: Zum einen werden die Steuern vor allem für die Unternehmen und oberen Einkommensschichten gesenkt, ohne dass dies zu höheren Investitionen führt. Zum anderen werden die Sozialausgaben gekürzt und damit vor allem jene einkommensschwachen Schichten getroffen, die hierdurch noch weniger ausgeben können.

3. Zu dieser Politik gibt es *Alternativen.* Zur Förderung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums und der Beschäftigung sollte die Politik
– erstens ein umfangreiches *öffentliches Investitionsprogramm (75* Mrd. EUR jährlich für 10 Jahre) zur Verbesserung der Infrastruktur auflegen
– zweitens die *Beschäftigung im öffentlichen Dienst* (die seit 1990 um 1,2 Millionen Personen abgebaut wurde) und bei öffentlich geförderten Trägern erhöhen, und
– verschiedene Formen der *Arbeitszeitverkürzung* im öffentlichen Dienst durchführen und in der Privatwirtschaft fördern.

4. Zur *Finanzierung* dieses Programms sollten *Steuern erhöht* und übergangsweise die *öffentliche Neuverschuldung* ausgedehnt werden:

Zu den *steuerlichen Maßnahmen* gehören im einzelnen: die Wiederanhebung des Spitzensteuersatzes in der Einkommensteuer auf 48% (ab 60 000 EUR Einkommen), die Erhöhung des Körperschaftsteuersatzes auf 33%, die Ablösung der Gewerbesteuer durch eine Gemeindewirtschaftsteuer mit einer Steuermesszahl von 3% und einem Mindesthebesatz von 200%, die Wiedereinführung der Vermögens- und die Reform der Erbschaftsteuer sowie die Einführung einer Börsenumsatzsteuer.

Die *Neuverschuldung* bis zum Greifen des Programms stellt ökonomisch eine Vorfinanzierung dar. Sie ist solange geboten, wie die gesamtwirtschaftliche Nachfrage der Konsumenten und der steuerfinanzierten Staatsausgaben nicht ausreicht, die wirtschaftliche Aktivität auf ein Niveau zu heben, das mehr ordentlich bezahlte Arbeitsplätze gewährleistet. Öffentliche Neuverschuldung bei hoher Arbeitslosigkeit richtet nicht nur keinen Schaden für künftige Generationen an, sondern korrigiert eine Fehlentwicklung der Einkommensverteilung, deren Fortdauer die ökonomische Leistungskraft und den sozialen Zusammenhalt in der Zukunft massiv untergraben würden.

5. Die notwendige wirtschafts- und sozialpolitische Wende erfordert eine deutliche *Veränderung der Einkommens- und Vermögensverteilung zugunsten der unteren Einkommensschichten.* Vorstöße in diese Richtung stoßen auf erbitterten und kompromisslosen Widerstand derer, die von der aktuellen Politik profitieren. Sie können daher nur in dem Maße erfolgreich sein, wie sie durch demokratischen politischen Druck von unten unterstützt werden. Durch die aktuelle wirtschaftliche und soziale Entwicklung wird daher die Frage der *Demokratie auf allen Ebenen der Wirtschaft* mit besonderer Dringlichkeit auf die Tagesordnung gesetzt.

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Dr. Axel Troost, Postfach 330447, D-28334